

Demokratie

DIE LINKE schreibt sich selbst gern zwei Themen auf die Fahne, die sie zu ihrem Markenkern macht oder als ihre Kernthemen bezeichnet: Soziale Gerechtigkeit und Frieden. Diese Kernthemen sind richtig und wichtig.

Gesine Löttsch, Klaus Ernst und Gregor Gysi haben mit dem Papier "Zum Motor für den Politikwechsel werden"¹ vom 25. Oktober 2010 ein weiteres Thema zum Kernthema der LINKEN erklärt: Demokratie. Das ist richtig und notwendig, das Thema ist tatsächlich untersetzt und angesichts der Geschichte der Vorgängerpartei der Quellpartei PDS von elementarer Bedeutung für die Zukunft der gemeinsamen neuen Partei DIE LINKE. Für DIE LINKE gilt es deutlich auszusprechen: "Die sozialistischen Staaten des Ostens, darunter die DDR, sind gescheitert, weil sie weder demokratisch noch rechtsstaatlich verfasst waren. Mit dem Versprechen einer besseren Zukunft missachteten sie die Freiheit. Sie waren daher weder sozialistisch noch demokratisch."² Aus dieser Sicht heraus ist es folgerichtig, Demokratie als ein Kernthema der LINKEN zu etablieren.

Demokratie ist nach der wohl allgemeinsten Definition eine Staatsform, in der die Staatsgewalt durch das Volk ausgeübt wird. Was unter dem Begriff "Volk" zu verstehen ist, in welchem Umfang die Ausübung der Staatsgewalt direkt oder indirekt erfolgt, wird jeweils in den einzelnen Nationalstaaten genauer definiert. Zu einem grundlegenden Problem in der Bundesrepublik Deutschland gehört, dass wesentliche Elemente von direkter Demokratie an den (Staats)Bürgerinnen- und (Staats)Bürgerstatus geknüpft ist. Aus meiner Sicht sollte es jedoch für alle hier lebenden Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit geben, sich an demokratischen Entscheidungen zu beteiligen.

Demokratie bedeutet – und darauf ist angesichts der Geschichte sogenannter realsozialistischer Staaten immer wieder hinzuweisen - Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit und das Recht eine Regierung abzuwählen, mithin das Recht auf Opposition.

¹ <http://dokumente.linksfraktion.de/inhalt/20101025-motor-fuer-politikwechsel.pdf>

²

<http://www.faz.net/s/RubBF7CD2794CEC4B87B47C719A68C59339/Doc~EDF79F1857ACE4695A14F75FF66BBB210~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (Oskar Lafontaine)

Demokratie ist kein Selbstzweck, sie dient dazu eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Demokratie soll damit einen Beitrag leisten, Ungleichheiten zu beseitigen und wirtschaftliche Abhängigkeiten mindestens zurückzudrängen, ihnen jedenfalls keinen bestimmenden Einfluss auf politische Entscheidungen einzuräumen. In der heutigen Demokratie der reichen Staaten des Nordens werden bis auf wenige Ausnahmen, wo nach dem Konsens gesucht wird, Entscheidungen nach Mehrheitsvotum gefällt. Interessant wäre der Frage nachzugehen, ob es für ein Gemeinwesen (und eine Partei) sinnvoll ist, Entscheidungen im Rahmen von Mehrheit und Minderheit zu entscheiden, im zugespitzten Fall sogar mit 49% zu 51% oder ob es nicht auch andere Mechanismen und höhere Hürden geben sollte. Es spricht sicherlich einiges für diesen Ansatz.

Demokratie muss erlernt werden und verlangt Toleranz. Demokratie verlangt Respekt gegenüber anderen Meinungen. Denn Demokratie heißt zuhören, abzuwägen welche Kompromisse denkbar wären und den Versuch unternehmen den/die jeweils andere/n bei der eigenen Entscheidungsfindung mitzudenken. Entscheidungen, bei denen auf der einen Seite Sieger und auf der anderen Seite Verlierer stehen, schlagen oft mehr Wunden als das sie Lösungen für Probleme bringen. Sie sind vielleicht ein kurzfristiger Sieg für die Einen, auf längere Sicht hingegen eine Niederlage für Alle. Durchzocken und den Pluralismus nicht ernst nehmen, mag formaldemokratisch nicht angreifbar sein, am Ende sind diese Verhaltensmuster aber ausgrenzend. Maß im "Sieg" zeichnet gute Sieger aus. Und manchmal ist die Debatte zur Meinungsfindung wichtiger als die am Ende gefundene Mehrheitsmeinung, weil die Debatte allen neue Erkenntnisse gebracht hat.

Demokratie als Kernthema der LINKEN bedeutet nun aber nicht, dass demokratische Fragen neben den Themen Soziale Gerechtigkeit und Frieden bearbeitet werden sollen. Es kann auch nicht allein um eine Verknüpfung der Themen mit dem Thema Demokratie gehen – es geht um mehr. Demokratie ist die Grundlage unseres Zusammenlebens, Demokratie ist elementarer Bestandteil unserer Vorstellung von demokratischem Sozialismus oder zugespitzter formuliert: Demokratie ist nicht alles, aber ohne Demokratie ist alles nichts. DIE LINKE ist gefragt, in allen Debatten deutlich zu machen, dass es kein Gegeneinander oder Nebeneinander von sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie gibt, sondern nur ein Miteinander. "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein"³ heißt es in der Bibel und wem das nicht reicht, der ergänzt: "Der Mensch braucht zum Leben Wasser, Brot

³ Matthäus , 1-4

und ein Dach über dem Kopf". Doch LINKER Politik dürfte auch das zu wenig sein. Jede/r wäre sicherlich in der Lage hier seine eigenen Bedürfnisse noch hinzuzufügen. Aus meiner Sicht muss LINKE Politik deutlich sagen: Der Mensch braucht zum Leben Wasser, Brot, ein Dach über dem Kopf, Frieden und Freiheit, also Demokratie".

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Geschichte, auf die ich schon verwiesen habe, ist es eben kein semantischer Unterschied ob DIE LINKE sagt: "Freiheit durch Sozialismus" oder "Freiheit und Sozialismus". "Freiheit durch Sozialismus" wird beispielsweise von einer Zeitung zur Programmdebatte⁴ und diversen Beiträgen zur Programmdebatte als Motto vertreten. Zugespitzt – und damit hoffentlich zum Widerspruch anregend - wird mit dem Motto "Freiheit durch Sozialismus" die These vertreten: Erst der Sozialismus bringt die Freiheit, die wirkliche Freiheit. Ob es dann eine sozialistische Freiheit ist und was der Unterschied zur heutigen Freiheit ist, bleibt offen. Die Formulierung "Freiheit und Sozialismus" hingegen macht deutlich: der Weg hin zum Sozialismus kann nur durch Demokratie gegangen werden und hinter die bereits jetzt gegebenen demokratischen Möglichkeiten und Elemente kann es nicht zurückgehen. Es muss vielmehr um eine Weiterentwicklung derselben gehen.

Für DIE LINKE geht darum, bei allen gesellschaftlich relevanten Entscheidungen, bei allen in der Gesellschaft diskutierten Fragen immer auch die Frage zu stellen: Was bedeutet dies konkret für die Demokratie? Was DIE LINKE seit ihrer Gründung erfolgreich mit dem Thema Soziale Gerechtigkeit praktiziert hat, gilt es jetzt auch für das Thema Demokratie zu etablieren. Dies bedeutet ein Umdenken, denn es bedeutet den Begriff Demokratie weiter zu fassen als bisher.

Veränderungen bei der Wahrnehmung demokratischer Handlungsoptionen

Demokratie bedeutet in der Bundesrepublik Deutschland vor allem eines: indirekte Demokratie, wahrgenommen durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter und festgezurrt in formalisierten Prozessen. Diese sind festgeschrieben in Gesetzen und Verordnungen. Dabei wird noch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen und Einwohnern unterschieden. Viele von den Einwohnerinnen und Einwohnern in der Bundesrepublik Deutschland sind von der Wahrnehmung demokratischer Rechte tatsächlich oder faktisch ausgeschlossen. Doch es bewegt sich was.

⁴ <http://freiheit-durch-sozialismus.de/>

Positive Veränderungen

Einwohnerinnen und Einwohner sind bereit sich zu engagieren. Nicht unbedingt in Parteien, wohl aber in Bürgerbewegungen und -initiativen. Es gibt keine Politikverdrossenheit, es gibt Politikerinnen und Politiker –sowie eine Parteienverdrossenheit. Warum das so ist, diese Frage müssen sich die Parteien selbst stellen.

Einwohnerinnen und Einwohner haben gerade im Bereich des Kampfes gegen Großprojekte (Stuttgart 21 zum Beispiel) gezeigt, dass sie zu einem vielfältigen Protest fähig sind und mitreden wollen über die Gestaltung ihrer unmittelbaren Umgebung. Und Ihnen reichen heute die Verfahren zum Beispiel im Bau- und Planungsrecht nicht mehr aus. In einigen Bereichen hat dies zu neuen Verfahren geführt: von Runden Tischen bis hin zur Mediation. Alles jenseits formalisierter Verfahren, im Versuch sich gegenseitig zu vertrauen und gemeinsam Wege zu finden, die allen gerecht werden. Diese wurde bereits beim Ausbau des Flughafens in Frankfurt angewandt.

Ein Teil der FDP⁵ will nunmehr die Mediation auch gesetzlich verankern, der BUND Hessen spricht sich dagegen aus⁶. Er fordert einene Ausbau des Instrumentes Raumordnungsverfahren. Im Fünf-Punkte-Programm zum Ausbau und zur Effektivierung der Bürgerbeteiligung des BUND wird die Mediation an Bedingungen geknüpft: "Wenn jeweils alle Umweltverbände einerseits und die einwendenden Bürger eines Vorhabensverfahrens andererseits mit Dreiviertelmehrheit zustimmen bzw. einer Mediation nicht widersprechen, kann der Ombudsmann/frau eine Mediation durchführen.⁷ Was DIE LINKE zur Mediation und einer gesetzlichen Verankerung derselben sagt, steht noch aus, muss aber auf die Agenda politisch zu entscheidender Fragen.

Bürgerinnen und Bürger versuchen aber auch auf anderem Weg ihre Rechte in die Hand zu nehmen. Hier sei beispielsweise an die Petition erinnert. Mittlerweile gibt es öffentliche Petitionen, die auch online mitgezeichnet werden können. Oft belächelt, können Petitionen mittlerweile tatsächlich Druck entfachen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die Petition gegen das sogenannte Zugangserschwerungsgesetz (Netzsperrern). Am Ende zeichneten diese E-Petition

⁵ <http://www.brigitte-meyer.de/2011/02/25/mediation-bei-grossprojekten/> &

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/mediation-bei-grossprojekten-im-gespraech/3576472.html>

⁶

<http://www.faz.net/s/RubABE881A6669742C2A5EBCB5D50D7EBEE/Doc~E16D95CBD6DA141EDB4DFD22556B BE217~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

⁷

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/sonstiges/20110124_fuenf_punkte_programm_buergerbeteiligun g.pdf

134.014 Personen.⁸ An dieser Petition konnte auch die Schwarz-Gelbe-Regierung nicht vorbei. Sie setzte das Zugangerschwerungsgesetz qua Moratorium aus und plant mittlerweile ein Aufhebungsgesetz. Eine Aufgabe ist, das Petitionsverfahren zu vereinfachen, denn die Möglichkeit sich mit Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag zu wenden ist ein verfassungsmäßig gesichertes Beteiligungsrecht. Hier ist mehr Öffentlichkeit, mehr Rechtssicherheit und mehr Transparenz erforderlich.

Im Bereich der direkten Demokratie hat sich auf der Bundesebene sichtbar noch nichts verändert – dazu wäre eine Verfassungsänderung nötig. Doch der Druck wächst, nicht nur weil in den Ländern die direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten kontinuierlich verbessert werden, sondern auch weil sich in allen Parteien außer der Union die Meinung durchsetzt, dass mehr direkte Demokratie eine gute Sache ist. Der Gestezentwurf der LINKEN zur “Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung”⁹ scheiterte zwar im Bundestag, die Debatte jedoch zeigt, es gibt nur eine Partei, die dies nicht will – die Union.

DIE LINKE muss sich aus meiner Sicht jedoch dem einen oder anderen Argument gegen mehr direkte Demokratie stellen. Wenn direkte Demokratie nicht zu einem Ausschluss oder einer Marginalisierung sozial Benachteiligter führen soll, dann müssen klare Regeln her. DIE LINKE muss eine Offenlegungspflicht für die Finanzierung direktdemokratischer Entscheidungen fordern und es müssen Mechanismen gefunden werden, die einer Gefahr begegnen: Der Gefahr, dass finanz- und medienstarke Akteure, die zusätzlich auch noch flexibel in der Ortswahl sind, ihren Einfluss nicht missbrauchen, um Entscheidungen in ihrem Sinne herbeizuführen. Es müssen also klare Regeln her, wie Bürger- oder Volksabstimmungen und die im Vorfeld laufenden Kampagnen finanziert werden dürfen und wie eine gleichberechtigte Information von Gegnerinnen und Gegnern auf der einen Seite und Befürworterinnen und Befürwortern auf der anderen Seite gewährleistet werden kann.

Negative Veränderungen

Viel zu wenig beleuchtet ist derzeit der Komplex der direkten oder indirekten Einflussnahme wirtschaftlich Mächtiger auf politische Entscheidungsprozesse. Kommt es zum Skandal, erregt dies

⁸ <http://www.sejmwatch.info/petition-internet-zensur.html>

⁹ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701199.pdf>

kurz die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, danach wird weiter korrumpiert und geschmiert – meistens ganz legal. Der Prozess hat sich mehr schleichend, denn mit einem Knall vollzogen.

Allein DIE LINKE hat hier ein geschlossenes Konzept vorgelegt, welches alle Spielarten legaler Korruption ausschließen soll. Wir gehen davon aus, dass tatsächlich die Einwohnerinnen und Einwohner der Souverän sind und eine solche Souveränität nur ausgeübt werden kann, wenn der Einfluss wirtschaftlich Mächtiger beschränkt wird. Das schlägt sich beispielsweise nieder in unserem Antrag “Parteispenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden verbieten”¹⁰. Unternehmen und Wirtschaftsverbände könnten sich danach keine Parteien kaufen, weil eine Spende untersagt wird. Der Einfluss einzelner wirtschaftsmächtiger Personen würde begrenzt werden, da diese nicht mehr als 25.000 EUR jährlich spenden dürften. Doch dabei bleiben wir nicht stehen. Denn das Problem ist ja damit nicht erledigt. Wir haben auch einen “Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung”¹¹ vorgelegt und die “Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters”¹² gefordert. Wenn all diese Initiativen Gesetzeskraft erlangen würden, wären wir in der Trennung von Politik und Wirtschaft schon um einiges weiter.

Gleichzeitig besteht aber auch noch auf einer anderen Ebene Handlungsbedarf. Es war die rot-grüne Bundesregierung, die das Leihbeamtentum eingeführt hat. Und - soweit ersichtlich - wird diese Entscheidung im Grundsatz von Ihnen auch nicht in Frage gestellt. Für das Jahr 2009 hat die Organisation Lobby Control eine Übersicht¹³ erstellt, aus der sich ergibt, in welchen Ministerien welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen arbeiten und von den Unternehmen weiterbezahlt werden. Dass diese durchaus auch an Gesetzesvorhaben mitarbeiten, die die Unternehmen betreffen, ist dann wenig überraschend aber um so schlimmer. Die Verquickung von Politik und Wirtschaft verlangt nach einem Verbot des Einsatzes von Leihbeamten und ein geschärftes Augenmerk der Öffentlichkeit auf diese Praktiken.

Ungelöste Entwicklungen

Neben neuen Herausforderungen gibt es allerdings auch noch jede Menge ungelöster Fragen im Bereich der klassischen Demokratie. Weder DIE LINKE noch andere Parteien haben Antworten darauf entwickelt, wie Einwohnerinnen und Einwohner sich beispielsweise an Wahlen beteiligen

¹⁰ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700651.pdf>

¹¹ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701412.pdf>

¹² <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/020/1702096.pdf>

¹³ <http://www.lobbycontrol.de/download/UebersichtExterne2009.pdf>

können, wenn sie sich nicht in Parteien organisieren wollen. Aber immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner verweigern sich Parteien und organisieren sich in anderen Strukturen.

Nach dem Wahlgesetz ist die Teilnahme an der Wahl den Parteien vorbehalten. Diese entscheiden im Bundeswahlausschuß auch wer zur Wahl zugelassen wird. Einen Rechtsschutz vor der Wahl gegen eine Nichtzulassung zu derselben ist im Deutschen Recht nicht vorgesehen. Bürgerinnen und Bürger können darüber hinaus maximal das Paket A, B oder C wählen. Warum muss das eigentlich so sein? Was hindert uns eigentlich daran, das Wahlrecht zu modernisieren und lebendiger zu machen? Was hindert uns daran, das Wahlrecht so zu vereinfachen, dass Einwohnereinnen und Einwohner mehr zu entscheiden haben als bei einem Kandidaten oder einer Kandidatin und einer Partei ein Kreuz zu machen? Bekannt ist die Forderung, die Wahl mit einer Abstimmung über eine Sachfrage zu verbinden. Aber warum gehen wir nicht weiter? Was spricht dagegen, die Zulassung zur Wahl allein an formale Kriterien zu knüpfen: Satzung, Vorstand und Unterstützungsunterschriften? Was spricht dagegen, den Einwohner/innen die Möglichkeit zu geben drei Stimmen zu verteilen, ob nun innerhalb einer Partei oder quer beet? Und was spricht eigentlich dagegen die Einwohnerinnen und Einwohner die hier seit mindestens 5 Jahren legal leben an der Wahl zu beteiligen? Hier besteht ganz konkret Handlungsbedarf und das eine oder andere Konzept dafür liegt auf dem Tisch¹⁴.

Demokratische Aspekte in allen Bereichen thematisieren

Wer Demokratie ernst nimmt, der muss - so zumindest mein strategischer Ansatz - Demokratie in allen Lebensbereichen mitdenken und im Handeln berücksichtigen. Demokratie als Kernkompetenz der LINKEN kann und darf eben nicht auf den klassischen Bereich - wie oben dargestellt - beschränkt bleiben.

Umweltpolitik

Alle reden über den notwendigen Ausstieg aus der Atomenergie und einen Umstieg auf regenerative Energien. Dieses Ziel wird auch nicht in Frage gestellt. Spannend ist aber, welchen Weg hin zu diesem Energiewechsel die LINKE bereit ist zu gehen. Zugespitzt: kann Demokratie vernachlässigt werden, um einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie und einen schnelleren

¹⁴ <http://blog.wawzyniak.de/wp-content/uploads/2011/03/%C3%BCberarbeitete-Vorlage-Wahlrecht-f%C3%BCr-PV-21.03.11.pdf>

Wechsels hin zu regenerativen Energien zu erreichen? Die Frage stellt sich nicht abstrakt, sondern ganz konkret.

Der vorläufige Ausstieg aus der Atomenergie in Form des Abschaltens der ältesten Atomkraftwerke erfolgte mittels eines Moratoriums. So richtig die Entscheidung war, so falsch war der Weg. Auch die Notwendigkeit eines schnellen oder sofortigen Ausstiegs aus der Atomenergie verlangt die Einhaltung demokratischer Spielregeln. Konkret heißt das, ein Moratorium eben weil es ein Moratorium ist, zu kritisieren und hier ein Ausstiegsgesetz zu fordern. Ein Moratorium wird von einer Regierung verhängt, die Entscheidungen müssen aber im Parlament getroffen werden. Die Forderung nach einem Ausstiegsgesetz macht im übrigen auch unseren Unterschied zu rot-grün deutlich, die sich in ihrer Amtszeit auf einen Deal, Vertrag genannt, eingelassen haben. DIE LINKE hat durchaus auf diesen Unterschied hingewiesen und das Moratorium kritisiert. Öffentliche Sensibilisierung für diese Art der Politik bleibt aber weiter nötig, denn es ist nicht auszuschließen, dass hier ein neuer "Standard" entwickelt werden soll.

Nach dem Ausstieg - wenn er den kommt - wird es um den beschleunigten Ausbau von regenerativer Energieerzeugung gehen. Das ist auch dringend notwendig. Aber auch hier gilt es deutlich zu machen, dass Einwohnerinnen und Einwohner-Initiativen die sich beispielsweise gegen Windräder in ihrer Nachbarschaft wehren, alle ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel in Anspruch nehmen können. Auch wenn wir ihre Position nicht teilen, geht es an dieser Stelle darum Überzeugungsarbeit zu leisten, um rechtsstaatliche Standards einzuhalten. Nur dann kann eine ökologische Wende auch tragfähig gemacht werden.

Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

DIE LINKE bezeichnet sich als Partei, die für Wirtschaftsdemokratie eintritt. Ihre Forderungen hier sind jedoch weitestgehend abstrakt und auf der Ebene von Großbetrieben angesiedelt. Unumstritten ist, dass die Rechte von Beschäftigten gegenüber ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gestärkt werden müssen. Unsere Forderungen bleiben aber zu sehr auf der Ebene der Vertreterinnen- und Vertreter-Demokratie stehen. Zum Thema Mitarbeiterbeteiligung heißt es im offiziellen Programmentwurf: "Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden. In wichtigen Fragen, etwa wenn

Massenentlassungen oder Betriebsschließungen geplant sind, muss es Belegschaftsabstimmungen geben.“ Natürlich ist dies zunächst demokratischer als bislang, auf der anderen Seite führt dies aber auch nur zu einem Standortwettbewerb der Belegschaften untereinander und darüberhinaus ist die Frage nicht geklärt, was mit dem Betriebsvermögen in den Händen der Beschäftigten passiert, wenn der Betrieb Verluste macht oder gar in die Insolvenz geht. Harald Werner hat eine Neuformulierung des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie gefordert und sein Beitrag¹⁵ sollte aus meiner Sicht in der Debatte um Wirtschaftsdemokratie eine größere Rolle spielen. Er fordert u.a.: “Bei einer Neuformulierung der Wirtschaftsdemokratie muss also überprüft werden, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen wirklich die Marktabhängigkeit der Arbeit einschränken, einen Transformationsprozess einleiten und drittens von der gegebenen Produktionsweise ausgehen. Wobei das nicht heißt, diese Produktionsweise zu akzeptieren, aber man muss an sie anknüpfen, um ihre Entwicklungsrichtung zu verändern.“

Das meint nicht, dass wir dieses Gebiet aufgeben sollten. Wir sollten nur deutlich machen, dass die Frage in welcher Eigentumsform ein Unternehmen geführt wird nicht nur eine Frage der Wirtschaftsmacht, sondern auch eine Frage der Demokratie ist. Besonders deutlich wird dies bei den Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Exemplarisch kann hier deutlich gemacht werden, dass Wirtschaftsdemokratie gerade bei Unternehmen der Daseinsvorsorge heißt Rekommunalisierung. Es kann am Beispiel der Rekommunalisierung verdeutlicht werden, dass Einwohnerinnen und Einwohner mindestens mittelbar Einfluss auf die Geschäftspolitik rekommunalisierter Unternehmen haben, den durch die Wahl entscheiden sie mit, wer die Geschicke solcher Unternehmen bestimmt. Berlin Energie kann hier ein konkretes Beispiel werden, an dem der Gebrauchswert der LINKEN sich verdeutlichen lässt.

Sozialpolitik

DIE LINKE ist die Partei die für soziale Gerechtigkeit eintritt. Soziale Ungerechtigkeit führt immer auch zum Ausschluss von demokratischer Teilhabe. Eine Binsenweisheit, die wir aber in jeder Debatte zu sozialpolitischen Themen wiederholen sollten.

DIE LINKE als Partei der Demokratie hätte im Hinblick auf die ebenfalls von Rot-Grün eingeführten Hartz-Gesetze jede Menge zu kritisieren und auf deren anti-demokratischen Charakter zu verweisen. Angefangen damit, dass Transferleistungsempfänger im Hinblick auf ihre Daten de

¹⁵ http://www.betrieb-und-gewerkschaft.die-linke-bw.de/wp-content/uploads/2010/07/Wirtschaftsdemokratie_H.Werner.pdf

facto vom Datenschutz ausgeschlossen sind, wird der demokratiefeindliche Charakter der Gesetze auch an anderer Stelle deutlich. Mit dem Regelsatz von Hartz IV ist es - außer man lebt in einer Stadt mit Sozialticket - fast unmöglich sich am politischen Geschehen zu beteiligen. Die Anfahrt zu politischen Treffpunkten scheidet de facto aus und der Wunsch sich zu informieren mit Büchern, Tageszeitung und Internet ist mit dem Regelsatz nur sehr schlecht realisierbar. Der Gipfel der Unverschämtheit ist die Diskriminierung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern. Deren Aufwandsentschädigung soll teilweise auf die Regelleistung angerechnet werden. Damit ist Hartz IV nicht nur Armut per Gesetz sondern auch ein Demokratiebeteiligungsausschlussgesetz.

Wenn wir weiter davon ausgehen, dass die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen eher auf dem Papier steht, denn real stattfindet, kommen wir zu einem weiteren Problem der praktizierten Demokratie. Wenn Leistungen der sozialen Sicherungssysteme privatisiert werden, dann werden der Politik auch hier die Einflussmöglichkeiten entzogen. Politik kann hier nur noch Rahmenbedingungen festlegen, Detailregelungen richten sich dann aber nach der Rendite. DIE LINKE wäre auch hier gefragt, deutlicher zu machen, dass die Privatisierung von Leistungen der Sozialversicherungen auch ein demokratisches Problem darstellen. Auch deshalb sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht die Sozialversicherungssysteme perspektivisch auf eine Steuerfinanzierung umgestellt werden sollten.

Netzpolitik

Netzpolitik wird zu wenig als Gesellschaftspolitik wahrgenommen. Doch tatsächlich verändert das Internet unsere Lebens- und Arbeitswelt und deshalb geht es auch hier um Demokratie und um soziale Gerechtigkeit.

Erste Bedingung für die Nutzung der neuen vielfältigen Formen von Einwohner/innen – Engagement mit Hilfe des Internets ist die Bewahrung von Netzneutralität. Nur wenn es gelingt eine Priorisierung von Daten durch Dritte, die nicht rein technisch bedingt ist, zu verhindern bleibt das Netz in seiner jetzigen Form erhalten. Dies meint, dass verhindert werden muss, dass Anbieter wie Telekom oder Vodafone entscheiden, welche Daten sie schneller durch das Netz leiten und welche Daten sich "hinten anstellen" müssen. Eine solche Unterscheidung würde zu einem schnellen Internet für die Einen und einem normalen Internet für die anderen führen und damit auch hier eine soziale Spaltung zementieren. Nur bei Beibehaltung der Netzneutralität besteht die

Möglichkeit die demokratischen Potenziale zu nutzen. Deshalb ist die Frage der gesetzlichen Festschreibung von Netzneutralität eine demokratische und eine soziale Frage.

Insbesondere die sozialen Netzwerke bieten Einwohnerinnen und Einwohner die Chance, sich in Debatten einzumischen, Protest zu artikulieren ohne physisch vor Ort zu sein und eigene Gegenöffentlichkeiten zu organisieren. Über die Möglichkeit von Open Data bestünde die Chance sich eigene Gedanken über Statistiken und öffentlich zugängliche Planungen zu machen und diese weiterzuentwickeln. Open Data meint in diesem Zusammenhang Daten der Verwaltung nicht nur öffentlich zugänglich zu machen sondern diesen Zugang auch in einem Format zu gestalten, dass mit diesen Daten weitergearbeitet werden kann.

Ich bin davon überzeugt, dass wir dafür eintreten sollten, grundsätzlich vor der zweiten und dritten Lesung von Gesetzesentwürfen die Meinung der Einwohnerinnen und Einwohner einzuholen und diese in den Beratungen zu berücksichtigen.

Das alles funktioniert aber nur, wenn Politik die Meinungsäußerungen im Netz und darüber hinaus ernst nimmt und nicht im Rahmen von Alibiveranstaltungen abhandelt.

Wie weit geht Demokratie?

An dieser Stelle bleibt es nicht aus ein Problem aufzuwerfen, welches verkürzt als "taktisches Verhältnis zur Demokratie" umschrieben werden könnte. Taktisch meint an dieser Stelle, dass nach Demokratie und Mitsprache gerufen wird, wenn es einem selbst nützt aber gern auf sie verzichtet wird, wenn es einem selbst schadet. Im nachfolgenden wird versucht anhand einiger kleiner Beispiele deutlich zu machen, worum es geht. Dabei geht es zunächst um eine abstrakte Betrachtung, soweit möglich werden konkrete Beispiele herangezogen.

DIE LINKE ist mit einigen ihrer Positionen mehrheitsfähig in der Gesellschaft (zum Beispiel Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan), mit ihrem Gesamtkonzept dürfte sie aber eher eine gesellschaftliche Minderheit vertreten. Vor diesem Hintergrund besteht natürlich immer die Gefahr, dass wir beispielsweise mit einzelnen unserer Forderungen im Rahmen einer Volksabstimmung verlieren. DIE LINKE muss also ein Verständnis dafür entwickeln, dass sie mit den von ihr geforderten Instrumenten für mehr direkte Demokratie gegebenenfalls nicht ihren

eigenen Forderungen zum Durchbruch verhilft, möglicherweise auch gegen einzelne Begehren öffentlich auftreten muss. Ein Widerspruch? Nein, DIE LINKE muss sich nur klar machen, dass für ein Instrument zu sein nicht gleich bedeutet, auch jede einzelne Forderung, die mittels dieses Instrumentes durchgesetzt werden soll, zu unterstützen.

Schwieriger wird es mit einer in der LINKEN, aus meiner Sicht, vom Grundsatz her noch nicht debattierten Frage. Die Frage lautet: Wie weit geht in unseren Augen Demokratie? Wie weit geht Meinungsfreiheit? Wir sind für Demonstrationen. Aber wenn die Falschen demonstrieren, soll der Staat die Demonstration dann verbieten? Wir sind für Parteienfreiheit. Aber wenn sich die Falschen in einer Partei wiederfinden, sind wir für mehrheitlich für verbieten. Es gibt zahlreiche Beispiele für diese Diskrepanz.

Der Terminus "Feinde der Demokratie" ist belegt, soll aber an dieser Stelle zur Vereinfachung dennoch verwendet werden. "Feinde der Demokratie" sind in diesem Sinne Gruppen und Menschen, deren Ziel die Abschaffung der Demokratie (im oben beschriebenen Sinne) ist. "Feinde der Demokratie" sind in diesem Sinne - und darin sind wir uns in der LINKEN einig - Faschisten und Nazis. Was wir auf einer abstrakten Ebene diskutieren müssen - also jenseits der Frage NPD-Verbot, denn dazu gibt es Mehrheitsbeschlüsse der Partei, die ich respektiere - ist die Frage, ob "Feinde der Demokratie" auch demokratische Rechte haben sollen. Ob wir darauf vertrauen wollen, dass in einem Wettbewerb der Meinungen "Feinden der Demokratie" keine Chance verbleibt und wir unseren Beitrag dazu leisten können. Ich bin eine Anhängerin der Theorie, dass man die "Feinde der Demokratie" nur mit Demokratie bekämpfen kann. Mit zivilgesellschaftlichem Widerstand und mit einem gesellschaftlichen Klima, das deutlich macht: Ihr seid hier nicht erwünscht. Die Einschränkung demokratischer Rechte löst undemokratische Positionen und Tendenzen nicht in Luft auf, sie werden mit anderen Mitteln und Möglichkeiten ihre Ideologie verbreiten.

Was wir gesellschaftlich wollen, leben wir in der Partei vor

Eine überzeugende, glaubwürdige LINKE muss das, was sie nach außen postuliert selber leben. Derzeit macht sich aber gerade hier ein großes Spannungsfeld auf.

Eine Partei ist für mich immer ein Zusammenschluss Gleichgesinnter. Deshalb sollte das Gleiche auch im Vordergrund stehen. Doch das Trennende ist das, was wir am besten zu zelebrieren wissen. Es geht meines Erachtens zunächst nicht um die Frage, wie weit geht unser Pluralismus eigentlich, sondern um eine veränderte Kultur des Streits. Wir benötigen eine Sichtweise, die dem/der Anderen zunächst zugesteht, das auch seine Sichtweise berechtigt und am gemeinsamen Vorankommen der Partei orientiert ist. Wir brauchen eine Kultur, in der historische Hintergründe der jeweiligen Biografie nicht beiseite gewischt sondern ernst genommen werden. Wir müssen lernen mit Unterschieden produktiv umzugehen und Kritik und Widerspruch als etwas Bereicherndes anzunehmen.

Eine LINKE die für Transparenz und direkte Demokratie eintritt muss das selbst leben. Wir brauchen geschützte Räume, in denen es nicht immer gleich um eine Abstimmung geht sondern um Debatten. Und wir brauchen ein Forum, in welchem Genossen/innen von der Basis mehr Möglichkeiten haben, gehört zu werden und Einfluss auf Entscheidungsprozesse zu nehmen. Das Argument sollte im Mittelpunkt stehen und nicht wer etwas sagt. Wir benötigen den offenen Diskurs, nicht den hinter verschlossenen Türen.

Wir leben mitten in der Gesellschaft, wir sind ein Teil von ihr. Wir sind auch der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig und ich finde, diese hat auch einen Anspruch unsere Debatten nachvollziehen zu können. Sie hat das Recht darauf einschätzen zu können: wenn ich jetzt diese Partei wähle, in welche Richtung wird es die nächsten vier Jahre gehen. Wir wollen neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen, doch das setzt Attraktivität voraus. Eine inhaltlich kontroverse Debatte zu gesellschaftlich relevanten Themen – das macht Lust auf einmischen und einbringen. Eine Abgrenzung in interne Debatten und Debatten in der Gesellschaft mag im 20. Jahrhundert noch möglich gewesen sein, im 21. Jahrhundert halte ich das für unmöglich und im übrigen auch nicht für wünschenswert. Wir sollten hier wirklich anders sein als andere Parteien und geradezu einladen, inhaltliche Debatten mit uns zu führen. Schließlich führen wir diese Debatten ja nicht für uns selbst, sondern um auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss zu nehmen. Solche Debatten braucht keine Fussballanalogien und keine goldenen Regeln, eine gemeinsames Verständnis von Demokratie könnte jedoch helfen.